

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Mehr politischer Mut erforderlich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1983) : Mehr politischer Mut erforderlich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 7, pp. 316

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135814>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Mehr politischer Mut erforderlich

Der Aufschwung ist in Gang gekommen. Aber damit ist keineswegs auch die Regierungspolitik schon über den Berg. Gewiß war sie gut beraten, sich nicht auf den schlüpfrigen Pfad einer inflatorischen Nachfrageankurbelung zu begeben. Aber darüber dürfen nicht die längerfristig angelegten Stabilisierungsbemühungen zu kurz kommen. Nachhaltige Beschäftigungspolitik ist heute an erster Stelle marktwirtschaftliche Ordnungspolitik. Sie entscheidet darüber, ob wir für die Zukunft zu einer befriedigenden Wachstumsrate finden und wie unsere Wirtschaft mit kommenden Rezessionsgefahren fertig wird, die nicht ausbleiben können. Das meint die vielberufene Forderung nach verbesserten Rahmenbedingungen für die marktwirtschaftliche Dynamik.

Wenn vom „Rahmen“ gesprochen wird, sollte das freilich nicht der vielleicht naheliegenden Asso-

ziation Vorschub leisten, hier käme es nicht so schnell darauf an oder hier könnte man angenehm vage bleiben. Das liefe auf eine Verwechslung hinaus: Zwar sind ordnungspolitische Maßnahmen parlamentarisch schwieriger durchzusetzen als ihre ablaufpolitischen Schwestern, nicht zuletzt auch darum, weil sie, bis die Früchte reifen, einer längeren Inkubationszeit bedürfen. Aber gerade darum müssen sie rechtzeitig ergriffen werden. Und was hier in der Sache zu geschehen hat, ist beileibe nicht weniger präzise als irgendein „Sofortprogramm“.

Vor diesem Hintergrund muß es doch überraschen, daß die Regierung angesichts ihrer langen Oppositionszeit jetzt nicht mit etwas eindruckvolleren und zügigeren Reformvorhaben aufwartet, die praktikabel sind. Sicherlich, zunächst ging es um einen Sparetat, um endlich die zinstreibende Staatsverschuldung zurückzufahren. Aber schon hier bleiben ordnungspolitische Wünsche offen. Die Besoldungskosten des öffentlichen Dienstes zu begrenzen, war für sich genommen und als Signalwirkung für die übrige Lohnpolitik ein vernünftiger Schritt, namentlich wenn gleichzeitig die sinkende Inflationsrate vorhält. Indes, mittelfristig mindestens ebenso wichtig wäre ein Programm der Entbürokratisierung, das die Besetzungszahl des öffentlichen Dienstes zu beschränken erlaubt. Auch wird ein Konzept des mehrstufigen Abbaus der Subventionen (und der Bundesbahnmalaise) vermißt, die sich inzwischen der abenteuerlichen Größenordnung von jährlich 100 Mrd. DM nähern. Und was die leidige Rentenfrage anbelangt, so versprechen nicht irgendwelche Einsparungen, sondern nur die Rückführung der Sozialeinrichtung auf ihren Versicherungscharakter eine nachhaltige Lösung. Der Arbeitsminister hat das in früheren Reden wiederholt angesprochen; wo jedoch sind die Orien-

tierungspapiere aus der ministeriellen Schublade, die die Marschroute abstecken?

Die grausamen Schnitte müssen bei Beginn der Legislaturperiode getätigt werden, das ist eine alte taktische Regel. Die verbalen Hiebe von seiten der betroffenen Verbände und der Opposition sind so oder so nicht zu vermeiden. Was zählt, ist die erfolgreich veränderte Situation vor dem nächsten Wahltag. Aber auch in dieser Perspektive ist die Regierung dabei, Chancen zu verpassen. Die schmerzlichen Sparbemühungen heute sollen doch morgen, wenn die Beschäftigung wieder angestiegen ist, den Weg zu der überfälligen Senkung des Steuer- und Abgabenniveaus freimachen. Aber anstatt, sagen wir, für 1987 eine grundlegende Tarifreform ins Auge zu fassen, die namentlich der Kapitalbildungsfeindlichkeit des überkommenen Steuersystems zu Leibe rückt, verspricht die Regierung beispielsweise eine Ausweitung des Mutterschaftsgeldes, über dessen Dringlichkeit man nun wirklich geteilter Meinung sein kann. Soll denn der Verteilungsstaat nie seinen Meister finden?

Breitester Zustimmung könnte die Regierung sicher sein, wenn sie, im Verein mit Großbritannien, dem finanziellen Aberwitz der Brüsseler Agrarpolitik Paroli bieten würde. Dies wurde auf dem Stuttgarter EG-Gipfel versäumt. Und statt in der Entwicklungspolitik dem „gemeinsamen Rohstoffonds“ endgültig beizutreten, der eine ökonomische Mißgeburt ist und nur die Fehler der ominösen Agrarmarktornungen wiederholt, täte sie gut daran, sich bei uns und anderswo mit dem gehörigen Nachdruck gegen protektionistische Tendenzen zu stemmen. Allerdings, ohne politischen Mut sind die „Rahmenbedingungen“ nirgendwo zu ändern. Sollte die breite Wählerzustimmung, die die Regierung im März gefunden hat, noch ausreichen, ihn zu beflügeln?